DAS MAGAZIN
DER BAYERISCHEN GRÜNEN

BAYERN RETTET DIE BIENEN



APRIL 2019

HENRIKE HAHN:
KOMMT, WIR BAUEN DAS NEUE EUROPA!

LUDWIG HARTMANN:
OHNE KOMPASS KEINE RICHTUNG

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BAYERN

NACHLESE

LANDESPARTEITAG SETZT ZEICHEN FÜR EUROPA

Unter dem Motto „Europa – Dafür kämpfen wir“ haben wir es bei unserem Landesparteitag am 2. und 3. Februar in Bad Windsheim gezeigt: Wir nehmen den Schwung aus unserer erfolgreichen Landtagswahl 2018 mit und kämpfen bei den Europawahlen am 26. Mai voller Leidenschaft für ein vereintes, solidarisches und ökologisches Europa. Dabei können wir weiter auf unseren alten und neuen Landesvorsitzenden Eike Hallitzky zählen, der sich gegen seinen Herausforderer Beppo Brem durchsetzte.

Andernorts stehen die Zeichen dagegen auf Wechsel: Unsere bayerische Europa-Abgeordnete Barbara Lochbihler tritt bei den bevorstehenden Wahlen nicht mehr an und wurde auf dem Parteitag von Claudia Roth mit einem riesengroßen Dankeschön für ihren Einsatz verabschiedet. Als neue bayerische Spitzenkandidatin für die Europawahl tritt im Mai Henrike Hahn für uns an. Sie machte in ihrer Rede klar, worum es bei diesen Wahlen geht: Gemeinsam ein Zeichen gegen rechtspopulistische Kräfte in Europa zu setzen und für mehr Miteinander zu kämpfen! Mehr über Henrike und ihre Ideen für ein grüneres Europa erfahrt ihr auf Seite 6 dieses Magazins.

Ebenfalls in Bad Windsheim zu Gast war die europaweite grüne Spitzenkandidatin Ska Keller. Sie betonte, dass wir nur noch wenig Zeit haben, „um aus der Kohle auszusteigen, Mobilität neu zu denken und unsere Wirtschaft klimaneutral zu gestalten“.

Ein besonders bewegender Moment war der Gastauftritt der jungen Klimaaktivistin Luisa Neubauer von „Fridays for Future“. Sie appellierte in ihrer Rede an die Bundesregierung, die Klimakrise endlich ernst zu nehmen und zu handeln. Wir Grüne schließen uns Luisa an und werden ein „Weiter so“ in der bayerischen und europäischen Klimapolitik nicht akzeptieren.

Auch das mittlerweile erfolgreich abgeschlossene Volksbegehren „Rettet die Bienen“, das mit über 1,7 Millionen Unterstützer*innen ein Rekordergebnis in Bayern verbuchen konnte, war ein Kernthema des Parteitags. So machte unsere Landesvorsitzende Sigi Hagl klar, dass die politisch Verantwortlichen nicht länger die Augen vor dem Artensterben verschließen können. Diese Haltung vertreten wir auch in den laufenden Gesprächen mit der bayerischen Staatsregierung und werden uns dafür einsetzen, dass in Sachen Artenschutz endlich konkrete Lösungen in Bayern umgesetzt werden. Weitere Informationen zum Volksbegehren und Stellungnahmen von einigen unserer zahlreichen Bündnispartner*innen findet ihr auf den Seiten 4 und 5.

Dieses Jahr wird richtungsweisend für Europa und damit auch für uns in Bayern sein. Lasst uns diese Herausforderung annehmen und bei den Europawahlen die Weichen für eine gemeinsame europäische Zukunft stellen. Wir freuen uns auf einen leidenschaftlichen Wahlkampf mit euch!

LEXIKON

ROTE LISTE



80.000 Tier- und Pflanzenarten leben in Bayern – mehr als 30.000 davon stehen auf der Roten Liste, einem international anerkannten Fachgutachten über die Gefährdung von Tieren, Pflanzen und Pilzen. Bei den Vögeln ist beispielsweise über ein Drittel der Arten in Bayern als „gefährdet“ eingestuft, einige Spezies stehen kurz vor dem Aussterben. Die Rote Liste ist damit eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungen zum Artenschutz. Allerdings verzichtet die Staatsregierung fast vollständig darauf, die Rote Liste in ihrer Politik zu berücksichtigen. In der industriellen Landwirtschaft ist der Einsatz von Chemikalien und Monokulturen nach wie vor an der Tagesordnung und auch der zunehmende Flächenfraß ohne Rücksicht auf Flora und Fauna stellt ein immer größeres Problem dar. Mit dem erfolgreichen Volksbegehren „Rettet die Bienen“ haben die bayerischen Bürger*innen nun auf beeindruckende Weise gezeigt, dass sie mit der Tatenlosigkeit der Regierung nicht einverstanden sind. Der erste Schritt in die richtige Richtung ist getan, viele weitere müssen folgen!





EIKE HALLITZKY, LANDESVORSITZENDER

DIE TATEN ZÄHLEN, NICHT DIE WORTE

Unsere grüne Politik trifft den Nerv der Zeit: Die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass in der Politik angesichts der vielfältigen Herausforderungen ernsthaft und fair um Lösungen gerungen wird. Das zeigen auch gesellschaftliche Bewegungen von #FridaysForFuture über #Ausgehetzt bis hin zu #RettetdieBienen. Zukunftsfähige Lösungen entwickeln: Genau das tun wir, wenn es um den Erhalt der Artenvielfalt geht oder um die Begrenzung der Erdüberhitzung, aber auch beim Kampf für echte Gleichstellung von Männern und Frauen und gegen Armut. Und genau das ist es, wofür uns immer mehr Menschen schätzen, wofür sie uns wählen und wofür sie sich bei uns als (Neu-)Mitglieder engagieren.

So kam es auch zu dem gigantischen Erfolg des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“: Den dramatischen Rückgang der Artenvielfalt kann man nur durch engagiertes Handeln stoppen. 1,74 Millionen Menschen in Bayern haben diese Haltung mit ihrer Unterschrift unterstützt – eine noch nie dagewesene Rekordbeteiligung von über 18%.

Der dramatische Schwund von Flora und Fauna wühlt die Menschen in ihrem Innersten auf. Das Volksbegehren, das wir von Beginn an unterstützt haben, sprengte alles, was Bayern bisher an gesellschaftlicher Dynamik erlebt hatte. Dazu maßgeblich beigetragen habt ihr alle mit eurem zigtausendfachen, ehrenamtlichen Engagement. Mit welcher Lust und welcher Kraft ihr so kurz nach unserem sensationellen Landtagswahlkampf wieder auf die Straße gegangen seid, um euch für Artenvielfalt und Naturschutz einzusetzen, das ist viel mehr, als wir im Landesvorstand je zu hoffen gewagt hätten. Dafür ein ganz großes Dankeschön! Ihr seid einfach genial.

Bayern hat jetzt die Chance, als erstes Bundesland ein wirksames Artenschutzgesetz auf den Weg zu bringen, das das Artensterben wirklich eindämmen kann. Gemeinsam mit einem breiten Umweltbündnis werden wir uns dafür am Runden Tisch stark machen. Der große Erfolg des Volksbegehrens stärkt uns dabei den Rücken, und er macht uns allen Hoffnung, auch weit über Bayern und Deutschland hinaus. Denn er beweist: Das Bewusstsein der Menschen für Naturschutz ist heute so groß wie nie. Dies gilt es zu nutzen, denn gerade jetzt werden in Brüssel die Weichen für die Agrarpolitik der nächsten Jahre gestellt. Gemeinsam mit immer mehr Bürger*innen Europas fordern wir, dass die europäischen Agrarsubventionen in Zukunft vor allem nach ihrem Umweltnutzen verteilt werden. Dieses Bündnis mit den Bürger*innen gibt uns zusätzliche Motivation und Rückenwind für die Europawahl. Lasst uns deshalb gemeinsam mit unserer starken bayerischen Spitzenkandidatin Henrike Hahn die Europäische Union ökologischer, sozialer und demokratischer machen. Und lasst uns dafür mit der gleichen Lust und Leidenschaft kämpfen wie für unsere großartigen Erfolge bei der Landtagswahl und beim Volksbegehren. Gemeinsam für ein grünes Europa!

Eure Eike



HINTERGRUND

„DIE MENSCHEN HABEN EINE TIEFE SORGE UM DIE BIOLOGISCHE VIELFALT“

Dr. Norbert Schäffer ist Vorsitzender des Landesbunds für Vogelschutz in Bayern (LBV), der das Volksbegehren Artenvielfalt maßgeblich mit unterstützte. In seinem Gastbeitrag erklärt er die Gründe für den Erfolg des Volksbegehrens und geht auf Einwände der Kritiker ein.

Unser Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“ war spektakulär erfolgreich! Genau 1.745.383 Bürgerinnen und Bürger und damit 18,4 % der wahlberechtigten Bevölkerung in Bayern haben sich zwischen dem 31. Januar und 13. Februar in den Rathäusern dafür eingetragen. Dieser Erfolg wird noch beeindruckender, wenn man bedenkt, dass die Einschreibungsfrist mitten im Winter lag – also in einer Zeit, in der die Bevölkerung eher nicht an Bienen, Schmetterlinge und Feldlerchen denkt.

Insgesamt war das Volksbegehren nicht nur das erfolgreichste in der Geschichte des Freistaats, sondern eine Massenbewegung, deren Umfang weit über die Anzahl der Unterschriften hinausgeht. Die Menschen haben eine tiefe Sorge um unsere biologische Vielfalt, unsere Tier- und Pflanzenarten, unsere Landschaft. Diese Sorge und die Sehnsucht nach mehr Natur haben unser Volksbegehren so erfolgreich gemacht, und das überall in Bayern: In jedem einzelnen Landkreis und in jeder einzelnen kreisfreien Stadt haben wir die 10-Prozent-Hürde geknackt.

Von Gegnern wurde darauf hingewiesen, dass viele Menschen, die unser Volksbegehren unterstützt haben, den Text gar nicht kennen würden. Tatsächlich mag es sein, dass nicht alle Unterzeichner den Text im Detail gelesen haben. Fest steht aber auch, dass die Menschen einen Biotopverbund, Gewässerrandstreifen und mehr Biolandwirtschaft wollen. Auch bei Bundestags- oder Landtagswahlen können die Bürgerinnen und Bürger die Wahlprogramme nicht wörtlich zitieren und dennoch eine informierte Wahl treffen.

Unser Entwurf für ein neues Naturschutzgesetz ist fachlich durchdacht, realistisch und tatsächlich eine Auflistung von Minimalforderungen. So ist im Gesetzesentwurf beispielsweise zum Schutz von Gewässern verboten, „entlang natürlicher oder naturnaher Bereiche fließender oder stehender Gewässer (…) in einer Breite von mindestens 5 m von der Uferlinie diese garten- oder ackerbaulich zu nutzen“. Der LBV hat in der Vergangenheit immer zehn Meter breite, ungenutzte Gewässerrandstreifen gefordert. Der Gesetzesentwurf stellt in vielen Punkten also bereits einen Kompromiss dar. Wenn es darüber hinaus gute Vorschläge für den Schutz unserer Artenvielfalt gibt, sind die im Trägerkreis zusammengeschlossenen Organisationen – die Grünen, ÖDP und LBV – sicherlich offen. Ein Zurück hinter den Gesetzentwurf des Volksbegehrens kann es jedoch nicht geben.

Wie geht es nun weiter? Wir gehen davon aus, dass es in unserem Gesetzesentwurf keine Regelungen gibt, die zu unüberbrückbaren Härtefällen führen. Beispielsweise haben Gegner des Volksbegehrens oft kritisiert, dass ein Walzen von Wiesen zum Schutz von in Wiesen brütenden Vogelarten nur noch bis zum 15. März möglich sein soll. Sicher kann es sein, dass in höheren Lagen oder in Jahren mit spätem Frühjahr dann noch Schnee liegt. Wir sind überzeugt, dass die notwendige Flexibilität durch Ausführungsrichtlinien geschaffen werden kann. Die Motivation, das Zerquetschen von Gelegen und Jungvögeln zu verhindern, ist aber gerechtfertigt. Wir hoffen, dass das vorgeschlagene Naturschutzgesetz vom Landtag übernommen wird und zusätzlich weitere Maßnahmen zum Schutz unserer Artenvielfalt entwickelt werden, sei es auf kommunalen oder kirchlichen Flächen oder in Privatgärten. Vielleicht gelingt es uns ja sogar, den ausufernden Flächenverbrauch in den Griff zu bekommen. Dann hätten die Diskussionen rund um das Volksbegehren tatsächlich dazu geführt, dass Bayern im Natur- und Artenschutz bundesweit wieder an die Spitze rückt.



SIGI HAGL UND LUDWIG HARTMANN

VOLKSBEGEHREN ARTENVIELFALT: EINE STARKE NATURSCHUTZBEWEGUNG

Was für ein gewaltiges Zeichen für den Umweltschutz! 1,745 Millionen Menschen haben für den Schutz unserer Tier- und Pflanzenarten unterschrieben. Das bislang erfolgreichste Volksbegehren „Rettet die Bienen" hat einen konkreten Forderungskatalog für den Artenschutz in Bayern vorgelegt. Und der unglaubliche Rückhalt der Bevölkerung gibt uns Rückenwind für die Durchsetzung.

Die Hälfte unserer heimischen Tier- und Pflanzenarten sind bedroht. Intensive Landwirtschaft mit Monokulturen und Gifteinsatz, der Verlust von Rückzugsgebieten und die zunehmende Betonierung unserer Landschaft machen ihnen sprichwörtlich das Leben schwer.

Das Volksbegehren Artenvielfalt wird das ändern. Der Gesetzentwurf fordert verbindliche Uferrandstreifen für die Landwirtschaft, damit Ackergifte nicht mehr in unsere Seen, Flüsse und Bäche gespült werden. Der Biolandbau-Anteil wird von jetzt 10 auf 30 Prozent erhöht. Wir wollen mehr und größere Biotopverbünde – also Schutzgebiete für Tiere und Pflanzen, damit sich ihr Bestand erholen kann.

Bauernfunktionäre machen Stimmung gegen das Volksbegehren. Ministerpräsident Söder versucht, Teile des Forderungskatalogs an einem Runden Tisch wegzumoderieren mit Hilfe von Alois Glück, der aber nach alter CSU-Manier auf Hinterzimmerrunden setzt. Kungelei bei einem Volksbegehren: Das darf nicht sein! Wir haben öffentlich für unsere Forderungen gekämpft und wir diskutieren öffentlich gerne über mehr Artenschutz, aber niemals über weniger.

Und wir kündigen jetzt schon an, dass Umwelt-, Klima- und Landschaftsschützer diese Söder-Regierung noch häufiger vor sich hertreiben werden. Die Menschen in Bayern wollen mehr Ökologie. Mit dem Bund Naturschutz, dem Landesbund für Vogelschutz, der ÖDP, aber auch mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und der Landesvereinigung für den ökologischen Landbau (LVÖ) haben wir mittlerweile eine starke außerparlamentarische Naturschutzbewegung geschmiedet. Sie trug beim gerichtlich gestoppten Volksbegehren „Betonflut eindämmen", sie fand beim Volksbegehren Artenvielfalt wieder zusammen.

Und sie steht bereit, wann immer wir Grüne als stärkste Oppositionsfraktion im Bayerischen Landtag parlamentarisch von der Söder-Regierung gebremst werden, um weitere wichtige Öko-Anliegen über die Volksgesetzgebung durchzusetzen. Wir denken da an ein Klimaschutzgesetz für Bayern, den überfälligen dritten Nationalpark und – ja – einen erneuten Anlauf gegen den übermäßigen Flächenfraß, der endlich gestoppt werden muss!



„Die AbL unterstützt das Volksbegehren, weil wir überzeugt sind, dass dadurch wesentlich mehr Bewegung in die Agrarpolitik kommen wird, als das die Forderungen des Gesetzestextes erkennen lassen. Lebensräume für die Artenvielfalt schafft man nicht durch ein paar Zierstreifen in der Landschaft, sondern durch Abkehr von der Billigproduktion für den Export, um die bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten."

Josef Schmid, Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL)



„Die Artenvielfalt bildet einen zentralen Teil unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Deshalb müssen wir dringend handeln, um den fortschreitenden Verlust an Biodiversität zu stoppen. Die bisherigen Maßnahmen reichen dafür nicht aus. Zur Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderung hat die Landwirtschaft einen wichtigen Teil beizutragen. Den Weg dafür weist der ökologische Landbau."

Hubert Heigl, Vorsitzender der Landesvereinigung für den ökologischen Landbau e.V. (LVÖ)

KOMMT, WIR BAUEN DAS NEUE EUROPA!



Foto: Erik Marquardt



Henrike Hahn ist die bayerische Spitzenkandidatin der Grünen für die Europawahl am 26. Mai. Hier schreibt sie, wofür sie sich im Europaparlament einsetzen will und wie wir Grüne die Europäische Union voranbringen wollen.

Die Europäische Union ist die beste Idee, die wir in Europa je hatten. Sie ist ein kostbares politisches Instrument für Klimaschutz, Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt. Europa steht für Frieden, Gleichberechtigung, Demokratie und Rechtsstaat. Und für Freiheit, für die Möglichkeit zu leben, zu lieben und zu arbeiten, wo wir wollen.

Der Rechtsruck in Europa und auch bei uns in Bayern macht es jetzt dramatisch notwendig, dass wir uns mit ganzer Kraft für unser Friedensprojekt einsetzen. Denn das Europa, das wir kennen, steht unter Beschuss durch die Salvinis, Le Pens und Orbáns. Wir wollen die bisherigen Errungenschaften verteidigen und wir wollen mehr als den Status Quo: **Wir wollen vorangehen und Europa gestalten!**

Die EU kann den **Klimaschutz** entscheidend voranbringen. Wir wollen sie zum weltweiten Vorreiter für Klimaschutz und erneuerbare Energien machen. Dazu müssen in zehn Jahren 45 Prozent von Europas Energie erneuerbar sein, bis zum Jahr 2050 sollen es 100 Prozent sein. Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, die Erderhitzung auf unter zwei Grad zu begrenzen. Dafür müssen CO_2-Emissionen einen Preis haben, der ihrer Klimaschädlichkeit entspricht – mit einer CO_2-Steuer, die diejenigen bezahlen, die CO_2 freisetzen.

Die EU muss für **Naturschutz** stehen. Wenn wir in der europäischen Agrarpolitik umdenken, können wir ungeheuer viel erreichen. Dafür muss die Subventionspraxis in der Landwirtschaft verändert werden. Wir wollen Insekten und Vögel schützen – und zwar ohne Glyphosat und giftige Pestizide. Was es dafür braucht? Mehr ökologische Landwirtschaft! Wir wollen außerdem bis 2030 die Wildnisflächen in der EU verdoppeln, um dem Artensterben entgegenzutreten. Und wir wollen die Plastikflut in Europa stoppen: Ab 2030 soll kein Plastik mehr in die Umwelt gelangen, das nicht biologisch abbaubar ist.

Für all diese Vorhaben müssen wir auch **Ökonomie und Ökologie zusammendenken**. Wir Grüne wollen, dass Europa sein Wirtschafts- und Finanzsystem so umgestaltet, dass es ressourcenschonend und ressourceneffizient arbeitet. Wir setzen auf grüne Industriepolitik und einen starken EU-Haushalt, der seine Ausgaben an Klima- und Umweltschutz orientiert.

Die EU steht außerdem für **soziale Gerechtigkeit**. Es ist die EU, die sich traut, etwas gegen die Steuerflucht der großen Digitalkonzerne zu tun und ihren Anteil am europäischen Gemeinwesen einfordert. Wir fordern soziale Mindeststandards und Mindestlöhne in allen Staaten der EU, eine Angleichung der Lebensbedingungen und mehr Zusammenhalt.

Europa bedeutet weiterhin **Humanität und Solidarität**. Wir sagen klar Ja zum Menschenrecht auf Asyl. Das Sterben von Flüchtlingen im Mittelmeer vor den Grenzen Europas geht uns auch hier direkt ans Herz und ist ein klarer politischer Auftrag für uns. Wir fordern einen gerechten Verteilungsschlüssel von Geflüchteten unter den Mitgliedstaaten und funktionierende humanitäre Hilfe. Dies alles sind große Fragen. Und darauf gibt es keine kleinen Antworten.

Ich freue mich auf euch in unserem Europawahlkampf, bei dem wir klarmachen: Jede Stimme für Grün ist eine Stimme für ein ökologisches, soziales, demokratisches und menschliches Europa!



HIER SCHREIBT DIE LANDTAGSFRAKTION

OHNE KOMPASS KEINE RICHTUNG

Ludwig Hartmann
Fraktionsvorsitzender

Schlechte Noten für die neue schwarz-orange Landesregierung von CSU und Freien Wählern. Nur 14 Prozent bewerten deren Arbeit laut einer aktuellen Umfrage sehr positiv, weitere 24 Prozent positiv. Zwar steckt die Demoskopie fraglos voller Tücken. Doch sollte diesem Neuanfang in der bayerischen Landespolitik jemals der Hauch eines Zaubers innegewohnt haben – er ist inzwischen längst verflogen.

Ich glaube: Die Menschen in Bayern wissen einfach nicht, wie es weiter gehen soll. Und die schwarz-orange Landesregierung gibt ihnen keine Richtung vor. Zwar ist die vergiftete, antimoderne und antiliberale Rhetorik, die von der CSU bis kurz vor der Landtagswahl gepflegt wurde, inzwischen verschwunden. Das heißt aber nicht, dass stattdessen eine Politik der Modernisierung und des Aufbruchs entsteht. Wir erleben vielmehr eine Politik des atemlosen Durchwurstelns. Es fehlt an Visionen, an Ideen, wohin es mit unserem Land gehen soll, wie wir uns angesichts der vielen Brüche und Veränderungen neu positionieren.

Die Söder-Regierung hat keinen Kompass; stattdessen verballert sie Steuergelder in alle Himmelsrichtungen, um die Bürgerinnen und Bürger bei Laune zu halten. Das reicht von der Abschaffung der Straßenausbeiträge, über das Familien-, Pflege- und Baukindergeld bis hin zur Reduzierung der Kita-Gebühren. Eine politische Linie dahinter ist nicht erkennbar. Deutlich wird aber, dass viel Geld in einem Strohfeuer verbrannt wird, das für Zukunftsinvestitionen fehlt: etwa für zeitgemäße Ausstattung der Schulen, für einen besseren ÖPNV oder für mehr Kitas und Horte sowie mehr Erzieherinnen und Erzieher. Was hilft aber eine kostenfreie Kita, wenn Plätze fehlen?

Auf die wirklich drängenden Fragen fehlen die Antworten. Wie können wir so leben und wirtschaften, dass wir unsere Lebensgrundlagen bewahren? Wie können wir künftig unter den Bedingungen globaler Konkurrenz Wohlstand und soziale Teilhabe aller sicherstellen? Wie schaffen wir es angesichts der Ausdifferenzierung der Gesellschaft eine gemeinsame Identität und Vertrauen herzustellen? Wie gestalten wir Digitalisierung so, dass sie den Menschen nützt?

Niemand hat auf all diese Fragen eine fertige Antwort. Auch wir Grüne haben nur Teilantworten. Was das Land dringend braucht, ist die Bereitschaft, diese Themen anzupacken und zu sagen: Ja, wir müssen manches anders machen. Lasst uns darüber reden, wie es am besten geht. Genau diese Haltung fehlt der Söder-Regierung. Und das ist wohl auch der Grund, warum sie von vielen abgelehnt wird.

Eva Lettenbauer

DIE HÄLFTE DER MACHT DEN FRAUEN



Obwohl Frauen mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen, sind nur 26,8 Prozent der Landtagsabgeordneten weiblich. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar.

Maßnahmen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Landespolitik sind dringend notwendig. Freiwillige Verpflichtungen, wie von der schwarz-orangen Landesregierung gefordert, haben bisher nicht funktioniert. Mit unserem „Hälfte-der-Macht-Gesetz" schaffen wir Geschlechtergerechtigkeit und behalten dennoch die Grundzüge des Wahlrechts bei.

Wir fordern, dass Parteien die Listen in den Wahlkreisen (Zweitstimme) mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzen müssen. Die Anzahl der Stimmkreise (Erststimme) soll halbiert und je ein Duo aus einer Frau und einem Mann aufgestellt werden. Menschen mit dem Geschlechtseintrag „divers" können frei wählen auf welchem Platz sie antreten. Zudem wollen wir eine geschlechterparitätische Zusammensetzung der Staatsregierung.

Es ist wichtig, dass Frauen ihre Interessen selbst einbringen und ihre Meinung zu Frauenhäusern, Verkehrsinfrastruktur oder Entgeltgleichheit vertreten können. Das Grundgesetz und die bayerische Verfassung garantieren die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und fordern, bestehende Nachteile zu beseitigen. Die Freiheit der Parteien ist daher nicht absolut zu sehen. Frauen müssen durch die Parteien repräsentiert werden und die Hälfte der Macht erhalten!

Claudia Köhler

VIEL GELD UM NICHTS



Endlich liegt der Haushaltsentwurf der schwarz-orangen Landesregierung für 2019/2020 vor. Ausgaben in Rekordhöhe von 125 Milliarden Euro zeigen, dass ihr jegliche Weitsicht fehlt.

Die teuren Spontan-Wahlgeschenke der CSU kosten mindestens fünf Milliarden Euro, Streuausgaben ohne jede Substanz für die Zukunft. Familiengeld, Baukindergeld, Landespflegegeld – die wahllose beziehungsweise wahlbedingte Verteilung von Geld bringt keine strukturelle Verbesserung. 100 Millionen Euro kostet allein die Beitragsfreiheit der Kitas. Für die Ausbezahlung des Pflegegelds wird extra eine Behörde geschaffen. Das Digitalministerium wird zwar mit einem Verwaltungsapparat, aber nur mit einem geringen Etat ausgestattet.

Für diese fragwürdige Politik will man 2,6 Milliarden Euro aus der Rücklage nehmen – trotz sprudelnder Steuereinnahmen! Mit nur noch 250 Millionen Euro Schuldentilgung 2019 und 750 Millionen Euro 2020 gerät der Schuldenabbau ins Stocken und wird dann noch bis zum Jahr 2054 dauern.

Es wäre verantwortungsvoll, in diesen guten Steuerjahren Rücklagen aufzubauen, statt sie zu plündern, oder – wie wir Grüne es tun würden – das Geld in tragfähige Investitionen in die Zukunft stecken. Denn wir brauchen Erzieher*innen für die Kinderbetreuung, erschwingliche Wohnungen, Pflegekräfte, die Unterstützung der Kommunen bei sozialen Aufgaben, für die Energiewende und für neue Mobilitätskonzepte.

Tessa Ganserer

GESCHLECHTLICHE VIELFALT ANERKENNEN



Die gesellschaftlich begründete Zweigeschlechtlichkeit ist mit Inkrafttreten der dritten Geschlechteroption ‚divers' seit Dezember 2018 auch für das Rechtssystem obsolet geworden. Für einen diskriminierungsfreien Umgang wird es nicht ausreichen, diese bei Stellenausschreibungen begrifflich zu beachten (m/w/d). Um im Bereich des öffentlichen Dienstes ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld zu ermöglichen, werden verschiedene Anpassungen notwendig. Es werden beispielsweise Fragen nach Arbeitskleidung oder sanitären Anlagen relevant.

Die schwarz-orange Landesregierung wurde daher von uns dazu aufgefordert, dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes zu berichten, welche Anpassungen im Bereich des öffentlichen Dienstes notwendig werden, den Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt im öffentlichen Dienst inklusiv zu gestalten und hierzu verbindliche Leitlinien zu erarbeiten.

Es würde allen Beteiligten helfen, einen Orientierungsrahmen mit klaren Regeln und Hilfestellungen zu haben, um Unsicherheiten abzubauen und Diskriminierungen zu vermeiden. Große internationale Konzerne wie SAP und Daimler haben hierzu allgemeingültige Transitions-Richtlinien erlassen. Die schwarz-orange Landesregierung hinkt bei der Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt gewaltig hinterher.

Wir Grüne haben uns schon immer für Geschlechtergerechtigkeit eingesetzt und werden uns weiterhin gegen Diskriminierungen wenden.

Florian Siekmann

EIN STARKES EUROPA FÜR EINE GUTE ZUKUNFT



Unsere grüne Winterklausur 2019 mit dem Titel „Ein starkes Europa für eine gute Zukunft“ stand im Zeichen der kommenden Wahl zum Europäischen Parlament. Eine Wahl, die die Weichen für die Zukunft Europas stellt: Werden wir zurückfallen in nationalstaatliche Kleinstaaterei oder solidarisch über Grenzen hinweg zusammenarbeiten? Unter dieser Prämisse haben wir eine Europa-Resolution verabschiedet.

Europa und die EU sind unverzichtbar für Bayern. Ob in wirtschaftlichen Fragen oder bei der Rettung unserer Lebensgrundlagen. Bayern profitiert stark von dem freien Zugang zum europäischen Binnenmarkt, muss aber auch gleichzeitig darauf drängen, dass alle Mitgliedsstaaten – beispielsweise zur Erreichung gemeinsamer Klimaziele – mitziehen. Die EU bedeutet eben nicht nur Vorteile, sondern auch Mitarbeit und Kompromisse. Unter solch einer Solidarität wurden auch vor über 20 Jahren die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen eingestellt und sich für die vollständige Freizügigkeit eingesetzt.

Dass sich die schwarz-orange Landesregierung mit symbolischen Grenzkontrollen an drei Grenzübergängen und einer eigenen bayerischen Grenzpolizei diesem Gedanken entzieht, verdeutlicht, vor welchen Herausforderungen wir auch in Deutschland stehen. Letztlich entscheiden über die Zukunft Europas aber nicht nur Regierungen, sondern vor allem die Bürger*innen. Gemeinsam mit Ihnen sind wir bereit, Europas Versprechen zu erneuern.

Johannes Becher

MEHR QUALITÄT FÜR UNSERE KITAS



In den Bereich der Frühkindlichen Bildung wird so viel Geld wie noch nie investiert, aber trotzdem droht die nötige Qualitätsverbesserung auf der Strecke zu bleiben. Insgesamt 930 Millionen Euro will die schwarz-orange Landesregierung im neuen Doppelhaushalt in die Bezuschussung der Elternbeiträge stecken – unabhängig vom Einkommen der Eltern. Das ist die goldene Gießkanne und dieses Geld fehlt.

Wir legen dagegen den Fokus auf die Qualität der Einrichtungen und wollen den Anstellungsschlüssel deutlich verbessern, Leitungen für Leitungsaufgaben freistellen und feste Verfügungszeiten für sogenannte mittelbare pädagogische Tätigkeiten – beispielsweise Elterngespräche, Fortbildungen, Supervision, Teamentwicklung – einführen. Zudem wollen wir die Finanzierung verbessern, indem wir den Basiswert erhöhen und längere Öffnungszeiten über 45 Wochenstunden hinaus gesondert fördern. Wir sind uns dabei bewusst, dass wir dringend mehr Fachpersonal benötigen.

Wir wollen daher mit unseren Maßnahmen die Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten verbessern, die Attraktivität der Ausbildung optimieren und mit einem Programm mehr Männer und Menschen mit Migrationshintergrund für den Kita-Bereich gewinnen. Ein entsprechendes Antragspaket wird erarbeitet.

Wir Grüne sehen große Herausforderungen im Bereich der Kinderbetreuung und sind der Meinung, dass das Geld zielgerichtet investiert werden muss.

Jürgen Mistol

ZAHL DER WOHNUNGSLOSEN ERFASSEN



Wohnungslosigkeit hat viele Gesichter, weshalb sie nicht immer sofort sichtbar ist. Bisher gibt es weder im Bund noch in Bayern eine amtliche Statistik zur Wohnungslosigkeit. Laut einer grünen Anfrage war die letzte veröffentlichte Erhebung im Freistaat 2014. Die Ergebnisse einer weiteren Erhebung aus 2017 wurden bisher nicht bekannt gemacht.

Einzelne Zahlen aus bayerischen Großstädten wie München, Würzburg oder Nürnberg lassen befürchten, dass die Wohnungslosigkeit stark angestiegen ist. Grund für den Anstieg der Wohnungslosigkeit sind die steigenden Mietpreise sowie der Mangel an bezahlbarem Wohnraum – darunter vor allem die rückläufige Zahl an Sozialwohnungen. Um zielgenaue und bedarfsgerechte Hilfsangebote in Kommunen ausbauen zu können, muss aber das tatsächliche Ausmaß von Obdach- und Wohnungslosigkeit bekannt sein.

Wir Landtags-Grüne fordern deshalb eine jährlich erscheinende amtliche Statistik. Die schwarz-orange Landesregierung sieht dafür jedoch keinen Bedarf und verschließt weiter die Augen vor dem Problem der Wohnungslosigkeit. Stattdessen verweist sie auf die angekündigte Gründung einer Stiftung ‚Obdachlosenhilfe‘, die Kommunen bei der Unterstützung von wohnungslosen Menschen fördern soll. In welchem Umfang und wie man überhaupt gezielte Hilfe anbieten will, wenn man gar keine valide Datengrundlage hat, lassen CSU und FW offen.

Gabriele Triebel

MODELLVERSUCH WEITERFÜHREN



Unsere Anträge zu islamischem Religionsunterricht haben nicht nur im Landtag Staub aufgewirbelt, auch die vielen Zuschriften haben gezeigt, dass wir einen gesellschaftlichen Nerv getroffen haben.

Unsere Initiative hat zum Ziel, den momentanen Modellversuch für islamischen Religionsunterricht zu verlängern und auszubauen. Der Religionsunterricht läuft seit knapp zehn Jahren an 337 bayerischen Schulen und erreicht etwas mehr als 16000 Schüler*innen islamischen Glaubens. Der Unterricht wird von Lehrkräften in deutscher Sprache gegeben und basiert auf einem an der Uni Erlangen entwickelten Lehrplan.

Bereits 2014 wurde festgestellt, dass dieses Unterrichtsangebot maßgeblich zur Identitätsfindung und gesellschaftlichen Integration der Schüler*innen muslimischen Glaubens beiträgt. Der erfolgreiche Versuch soll nun im Juli 2019 enden. Die schwarz-orange Landesregierung hat bisher keine Entscheidung getroffen, ob und wie das erfolgreiche Modell weitergeführt werden soll. An den Schulen, bei Eltern, Schüler*innen und Lehrkräften herrscht daher große Verunsicherung.

Unser Antrag wurde abgelehnt, gleichzeitig signalisierte FW-Kultusminister Piazolo, bald eine „eigene" Entscheidung zu diesem Thema bekanntzugeben.

Unser Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, die vielfältig religiösen und weltanschaulichen Einflüsse auf ihre Lebenswelten zu reflektieren, um so das gegenseitige Verständnis zu stärken.

Anna Toman

FLEXIBLE GRUNDSCHULE ALS REGELANGEBOT



Bislang war das Geburtsdatum und eine Schuleingangsuntersuchung ausschlaggebend für die „Schulfähigkeit" eines Kindes. Nun wird neu ein sogenannter Einschulungskorridor statt eines Einschulungsstichtags eingeführt – die von Juli bis September Geborenen durchlaufen die Einschulungsuntersuchung sowie das Anmelde- und Einschulungsverfahren ebenso wie alle anderen Kinder. Danach entscheiden Eltern frei, ob ihr Kind zum kommenden oder zum nächsten Schuljahr eingeschult wird.

Wir meinen, eine Flexibilisierung der Einschulung stellt für viele Eltern eine gute Möglichkeit dar, um nach eigenem Ermessen eine für ihr Kind passende Entscheidung zu treffen, aber ein Einschulungskorridor statt Einschulungsstichtag reicht nicht aus.

Nicht die Kinder sollten sich der Schule anpassen, sondern die Schule den Kindern. Deshalb fordern wir, dass das Modell der Flexiblen Grundschule zum Regelangebot gemacht wird. Hier durchlaufen die Schüler*innen die Jahrgangsstufen eins und zwei in einem, zwei oder drei Jahren, je nach Begabung und Entwicklungsstand. Nur ein kleiner Bruchteil der Grundschulen läuft nach diesem Modell.

Schließlich ist beim Thema Einschulung viel Unsicherheit und Sorge vorhanden. Auch weil die Grundschulzeit kurz ist und nach nur vier Jahren der Übertritt ansteht. Dadurch entsteht Druck. Eltern haben oft Sorge, dass ihre Kinder diesen vier Jahren nicht gerecht werden und den Übertrittsdruck nicht aushalten.

Sanne Kurz

„BRIDGING THE GAPS"



Im Februar haben wir Landtags-Grüne zu einem interkulturellen Abend der besonderen Art eingeladen. „Bridging the Gaps", ein deutsch-österreichisch-israelischer Abend zu Erinnerungskultur und gemeinsamer Zukunft.

Zusammen mit Gabi Triebel, Sprecherin für Erinnerungskultur, und Cemal Bozoğlu, Sprecher für Strategien gegen Rechtsextremismus, konnte ich im Landtag viele Interessierte zur Filmvorführung „Back to the Fatherland" begrüßen. Ein Film über den Umgang der jungen und alten Generation mit dem familiären Erbe des Holocaust und wie Alle eigene Strategien entwickeln, um dieses zu verarbeiten.

Im vollen Senatssaal eröffnete die Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze den Abend mit dem Aufruf, die Grauen der Vergangenheit müssten den Weg in eine demokratische Zukunft weisen. Gabi Triebel betonte die verschiedenen Dimensionen der Erinnerungsarbeit in Zeiten, in denen immer weniger Zeitzeug*innen am Leben sind.

Die Filmemacherinnen Gil Levanon, Enkelin eines Shoah-Überlebenden, und Kat Rohrer, Enkelin eines NS-Offiziers, diskutierten im Anschluss mit Eva Haller, Präsidentin der Europäischen Janusz Korczak Akademie, über ihre Erfahrungen mit der Erinnerungsarbeit. Haller lobte den Mut der Künstlerinnen, sich gemeinsam den Schrecken der Vergangenheit zu stellen, sie folgerte: Es gibt keine Alternative zum Dialog, aber wir alle können der Mörtel sein, der die Steine der Gesellschaft zusammenhält.

Gisela Sengl

BIO BOOMT UND LOHNT SICH



Und zwar für Bäuer*innen, Handel und Verbraucher*innen. Meine Anfrage zur Entwicklung von Menge und Preis bei Biomilch hat ergeben: Obwohl die Liefermenge von Biomilch in Bayern seit 2016 stetig gestiegen ist, ist der Abnahmepreis der Molkereien je Liter Biomilch annähernd gleichgeblieben.

Die Zahlen zeigen, dass der Biomarkt enorm aufnahmebereit ist und dass der Umstieg von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft auch nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg verspricht. Jetzt müssen die bayerischen Erzeuger bei Radi, Weißwurst und Brezn nachziehen. Denn bei vielen Produkten ist durchaus noch Luft nach oben: Ein großer Teil der in Deutschland verkauften Biowaren wird importiert, alleine jede dritte Bio-Kartoffel!

Das Volksbegehren Artenvielfalt hat aufgezeigt, wohin es gehen soll: 30 Prozent Biolandwirtschaft bis zum Jahr 2030 ist möglich, weil die Verbraucher*innen Bioqualität schätzen und auch bereit sind, einen fairen Preis zu bezahlen. Auch die Politik ist gefragt, die Biobranche zu unterstützen: natürlich was den Absatzmarkt betrifft.

Ein guter Hebel bietet sich hier beispielsweise bei der staatlichen Gemeinschaftsverpflegung an, aber auch bei Forschung, Entwicklung und und Beratung, wie unsere Studie „Mehr Bio für Bayern“ zeigt. In den Landesanstalten, Landwirtschaftsämtern und in der Forschung wird der Ökolandbau immer noch nur am Rande behandelt. Es wird Zeit, hier zu investieren!

Martin Stümpfig / Patrick Friedl

KLIMASCHUTZ IST MEHR ALS EIN WORT



CSU und Freie Wähler wollten das Wort Klimaschutz in die Verfassung aufnehmen. Beiden war es ganz wichtig, dass es schnell geht. Schon bei der Europawahl sollte Bayerns Bevölkerung zustimmen. Klimaschutz in der Verfassung – das ist nicht schlecht, aber für eine wirkungsvolle Klimaschutzpolitik in Bayern reicht ein zusätzliches Wort nicht aus. Wir wollen mehr: „Klimaschutz plus!“.

Wenn es eine Verfassungsänderung gibt, wollen wir auch die vollständige Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien in Bayern aufnehmen. Wir brauchen aber auch ein starkes Klimaschutzgesetz mit konkreten und ehrgeizigen Zielen, das den Anforderungen des 1,5°C-Ziels der Pariser Klimakonferenz tatsächlich nachkommt. Dazu haben wir Landtags-Grüne einen Entwurf vorgelegt. Und wir wollen eine Reihe von sinnvollen und wirksamen Einzelmaßnahmen. Auch dazu haben wir konkrete und schnell umsetzbare Einzelmaßnahmen in den Bereichen Strom, Wärme, Verkehr und Landwirtschaft in die Debatte eingebracht.

Die schwarz-orange Landesregierung zeigte sich in keinem einzigen Punkt gesprächsbereit. Obwohl die CO_2-Emissionen in Bayern in den letzten vier Jahren von 5,9 auf 6,3 Tonnen pro Kopf gestiegen sind!

Wir sind nicht bereit, unser grünes Siegel für dieses Feigenblatt einer angeblichen Klimapolitik der schwarz-orangen Landesregierung herzugeben. Darum haben wir uns bei der Endabstimmung enthalten.

Markus Büchler

TEMPOLIMIT HAT NUR VORTEILE



Die Experten der Arbeitsgruppe „Klimaschutz im Verkehr“ im Auftrag der Bundesregierung waren sich einig: Eine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h auf den Autobahnen ist eine notwendige Maßnahme zum Einsparen von CO_2-Emissionen in einem Klimaschutz-Gesamtkonzept. Erwartungsgemäß sprach sich die CSU strikt dagegen aus. Bundesverkehrsminister Scheuer sagte der „Bild am Sonntag“, derartige Vorschläge seien „gegen jeden Menschenverstand“.

Wir Landtags-Grüne haben daraufhin die schwarz-orange Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für den Vorschlag der Experten einzusetzen und auf die Einführung eines Tempolimits hinzuwirken.

Denn das Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen ist viel mehr als Klimaschutz: Auch die Anwohnerinnen und Anwohner profitieren, weil der Lärm weniger wird. Für die Autofahrerinnen und Autofahrer wird die Straße sicherer, das Autofahren entspannter und der Verkehr fließt besser.

Sicheres Fahren mit 130 km/h gibt uns Lebensqualität, sicheres Fahren mit 130 km/h schützt Mensch und Natur. Wir haben der schwarz-orangenen Landesregierung mal wieder in Erinnerung gerufen, was eh jeder weiß: Das Tempolimit hat nur Vorteile.

Der Antrag wurde von der CSU-FW-Regierungsmehrheit zusammen mit FDP und AfD abgelehnt. In ganz Europa sind Tempolimits selbstverständlich, nur die schwarz-orange Landesregierung weigert sich zu handeln.

Thomas von Sarnowski

„WIR FÖRDERN UNSERE MITGLIEDER“



Thomas von Sarnowski ist wissenschaftlicher Mitarbeiter von MdB Dieter Janecek und Bezirksgeschäftsführer der Grünen Oberbayern. Für den Bezirksverband organisiert er regelmäßig das Förderprogramm „Grüne Zukunft“, das sich an alle Mitglieder richtet.

Was tut ihr da genau?
Wir freuen uns über viele neue Mitglieder, die sich einbringen wollen und vielleicht auch ein Amt oder Mandat anstreben. Genau dazu wollen wir sie mit unserem Programm „Grüne Zukunft“ ermutigen und befähigen. In regelmäßigen Abständen bieten wir Seminare oder ganze Seminartage an. Dort begrüßen wir die neuen und noch-nicht-aktiven Mitglieder, fragen nach ihren Wünschen und zeigen die Möglichkeiten auf, wie sie mitmachen können. Im Anschluss gibt es Workshops zu Themen wie Online-Kommunikation, Pressearbeit, positives Framing, Haustürwahlkampf oder Infostand-Training.
Wie kommen eure Angebote an?
Sehr gut – eigentlich können wir gar nicht genug Termine anbieten! Deshalb bewerben wir zusätzlich die Schulungen der Petra-Kelly-Stiftung.
Lässt sich euer Konzept auch im kleineren Rahmen umsetzen?
Ja, auf jeden Fall! Ich würde aber empfehlen, sich mit den umliegenden Orts- und Kreisverbänden zusammenzutun, damit die Teilnehmenden sich austauschen und vernetzen und das Gefühl entsteht: Wir sind viele und können etwas bewegen! Am besten macht man gleich einen Plan, wie das erlernte Wissen sofort praktisch angewendet werden kann.
Wie kann man Neumitglieder sonst noch fördern?
Besonders gut läuft das über ein Patensystem, mit einem Paten oder einer Patin je Neumitglied. Man trifft sich mal auf einen Kaffee, navigiert bei der ersten Sitzung gemeinsam durch den Dschungel der grünen Abkürzungen und unterstützt beim Weg zum aktiven Engagement oder berät gar beim ersten eigenen Projekt.
Kontakt: thomas.vonsarnowski@gruene-oberbayern.de

Anja Baier

„WIR SCHENKEN UNSERER STADT EINE BLÜHWIESE“



Anja Baier ist 3. Bürgermeisterin von Karlstadt in Unterfranken. Der dortige grüne Ortsverein hat 2018 sein 35-jähriges Bestehen gefeiert. Zu diesem Jubiläum schenkte der Ortsverband der Stadt Karlstadt eine Blühwiese und trägt so zur Artenvielfalt vor Ort bei.

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum! Wie kam es zu diesem besonderen Geschenk?
Wir waren auf der Suche nach einer nachhaltigen Erinnerung an unser Jubiläum und dachten erst daran, der Stadt einen Baum zu schenken. Dann kamen wir ins Gespräch mit unserem großartigen Stadtgärtner, der sich sehr für die Artenvielfalt engagiert. Er hat uns aufgezeigt, dass wir sogar eine ganze Blühwiese stiften könnten. Das haben wir gerne aufgegriffen.
Wie sieht eure Blühwiese aus – und was kostet so etwas?
Die Wiese liegt direkt an der Stadtmauer und ist etwa 100 Quadratmeter groß. Vorher war dort eine einfache Rasenfläche. Nun blüht dort eine bienenfreundliche Samenmischung, die von der Landesversuchsanstalt für Weinbau und Gartenbau in Veitshöchheim entwickelt wurde und viel Nahrung für die verschiedensten Insekten und Vögel bietet. Die Saat hat einmalig 100 Euro gekostet, um die Pflege kümmert sich der Stadtgärtner – wobei so eine Wiese ja kaum Pflege braucht.
Wie kommt die Blühwiese bei euch in der Stadt an?
Das Bewusstsein für natürliche Gartengestaltung wird auch durch das Volksbegehren Artenvielfalt immer größer, aber manche Passant*innen finden schon, dass so eine bunte Wiese „a weng unordentlich“ ausschaut. Deshalb steht dort auch ein Schild, das erklärt, dass diese Wiese eine wichtige Nahrungsquelle ist.
Was passiert in Karlstadt sonst noch beim Artenschutz?
Auch die anderen städtischen Flächen werden nur selten gemäht; gerade werden alle Kreisverkehre mit heimischen Pflanzen neu gestaltet. Und Glyphosat wird auf den städtischen Flächen schon länger nicht mehr eingesetzt, da waren wir uns im Stadtrat alle einig.

FÜR BUNTE FELDER UND SUMMENDE WIESEN!

Die Landesarbeitsgemeinschaft Landwirtschaft stellt sich neu auf

Corinna Ullrich und Bernhard Zimmer, LAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Wollen wir die Artenvielfalt und Naturschönheiten in Bayern erhalten, brauchen wir dringend nachhaltige Bewirtschaftungsformen im ländlichen Raum. In der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) „Landwirtschaft und ländliche Entwicklung" arbeiten wir an genau dieser Fragestellung und wollen unseren Beitrag zur Trendwende leisten. Die Felder sollen wieder bunter werden und auf den Wiesen soll es summen.

In der LAG diskutieren wir die Fragen nach den notwendigen politischen Rahmenbedingungen, die es braucht, um die bayerische bäuerliche Kulturlandschaft zu erhalten und zu stärken. Struktur- und Artenvielfalt zu erhalten, Lebensräume zu sichern und deren Vernetzung aufzubauen, das sind nicht nur unsere Ziele, sondern dazu braucht es klare Vorgaben und Programme. Mehr Boden- und Wasserschutz, klimafreundliche Landwirtschaft sowie die Sicherung der Bestäubung durch Insekten sind neben einem verantwortungsvollen Umgang mit den Tieren wesentliche gesellschaftliche Forderungen, für die die Landwirt*innen honoriert werden müssen. Hier wollen wir Ideen und Konzepte entwickeln.

Wie erreichen wir, dass die Menschen auf dem Land die gleichen Chancen haben wie in der Stadt? Wie erreichen wir mehr Wertschätzung der Leistung der Menschen, die täglich Lebensmittel erzeugen? Wie schaffen wir einen nachhaltigen Ausbau der erneuerbaren Energien und mehr Akzeptanz dafür in der Gesellschaft? Mit diesen Fragen beschäftigen wir uns, denn wir wollen die Berufe und die Lebenswelten des ländlichen Raumes für folgende Generationen attraktiver gestalten. Qualität vor Quantität: Es gilt, die regionalen Wertschöpfungsketten zu stärken, die Produktwege wieder kürzer und transparenter zu machen. Die Zukunft liegt in der Vielfalt. Wir wollen den ländlichen Raum als Lebenswelt und Produktionsstätte zukunftsfähig entwickeln.

Wir suchen Verbündete, die mit uns gemeinsam die Themen rund um die Land- und Forstwirtschaft entwickeln und ihre Erfahrungen einbringen wollen. Wir diskutieren mögliche Antworten und hören aber niemals auf, neue Fragen zu stellen.

Kontakt:
lag-landwirtschaft@bayern.gruene.de



SEAS ARE RISING – SO ARE WE!

Warum junge Menschen sich bei Fridays for Future engagieren

Jannika Spingler, Grüne Jugend Bayern

Ich will, dass ihr in Panik geratet. Ich will, dass ihr die Angst spürt, die ich jeden Tag spüre. Ich will, dass ihr handelt, als würde euer Haus brennen. Denn es brennt." Mit diesen Worten führte Greta Thunberg auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos vor Augen, wie ernst die Klimakrise ist.

Die Reaktionen könnten unterschiedlicher nicht sein: Während viele junge Menschen begeistert waren, wurden auch die Stimmen der Kritiker*innen immer lauter, die oft in Anfeindungen umschwangen. Warum? Den Mächtigsten dieser Welt wurde etwas sehr klar: Auch Jugendliche haben eine Meinung, die sie, wenn es sein muss, unüberhörbar vertreten.

Kaum ein paar Wochen nach Gretas erstem Aufruf zum Schulstreik für das Klima ist eine Bewegung entstanden: In vielen Ländern und noch mehr Städten Europas bleiben seit Monaten jeden Freitag Schüler*innen dem Unterricht fern, um zu zeigen, dass sie eine bessere Welt wollen. Und diese Tatsache rückt das Thema Klimaschutz in den Medien so massiv in den Vordergrund, dass man nicht mehr darum herum kommt – und das ist auch gut so: Es ist höchste Zeit, dass die Regierungen dieser Welt etwas unternehmen, um den Klimawandel noch aufhalten zu können.

Natürlich werden auch hier Stimmen laut, die Schüler*innen das Recht absprechen, sich für ein Thema, das sie alle ihr Leben lang betreffen wird, einzusetzen. Stimmen, die an der Sinnhaftigkeit dieser Aktionen zweifeln. Jedoch haben diese Stimmen eines nicht bedacht: Die Generation, die aktuell bei „Fridays for Future" auf der Straße steht, ist die Wähler*innengeneration von morgen. „Fridays for Future" gibt jungen Menschen das Gefühl, ihre Zukunft in die Hand nehmen zu können, selbst Politik beeinflussen zu können. Und genau das wird sie später zu den Menschen machen, die wir so dringend brauchen: überzeugt von Demokratie und Politik, bereit für Veränderung in der Welt und die Rettung unseres Planeten!



Volksbegehren

Stoppt den Pflegenotstand



In Bayerns Krankenhäusern fehlen rund 12.000 Pflegestellen. Konsequenzen sind eine permanente Überlastung der Pflegekräfte, überfüllte Notaufnahmen und viel zu wenig Zeit für die Patient*innen. Ein im letzten Jahr von uns Grünen mitinitiiertes Volksbegehren gegen den Pflegenotstand war in der ersten Phase mit über 100.000 beim Innenministerium eingereichten Unterschriften ein voller Erfolg. Andreas Krahl, pflegepolitischer Sprecher der Grünen im Landtag, sieht darin ein starkes Signal der Bevölkerung: „Der Pflegemangel ist eines der größten sozialen Probleme unserer Gesellschaft und unser Volksbegehren zeigt, dass das die Bürger*innen genauso sehen. Wir müssen der zunehmenden Ökonomisierung der Pflege einen Riegel vorschieben. Es ist höchste Zeit, dass bei der Pflege endlich wieder Menschlichkeit zählt. Und zwar im Sinne der Patientinnen und Patienten, sowie auch der Pflegenden."

„Fall Glaubitz"

Sieg auf ganzer Linie

Gute Nachrichten aus Erding: Die aussichtslose Klage des Erdinger CSU-Landrats Martin Bayerstorfer gegen den grünen Kreisrat Stephan Glaubitz wurde fallengelassen! Stephan Glaubitz hatte die harte Linie des Landrates bei der Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Asylbewerber*innen als „integrationsfeindlich" kritisiert. Daraufhin verklagte ihn der Freistaat Bayern auf Bestreben Bayerstorfers.

Die Klage wurde aber schließlich zurückgenommen – Stephan Glaubitz dagegen nahm seine Kritik in keinem Punkt zurück. Ein Sieg für die Meinungsfreiheit und das kommunale Ehrenamt! Stephan Glaubitz konnte auf eine breite Unterstützung der Öffentlichkeit bauen. Im Rahmen einer von Eike Hallitzky ins Leben gerufenen Crowdfunding-Kampagne kamen 1500 Euro für etwaige Prozesskosten zusammen. Die Summe



konnte stattdessen an den Bayerischen Flüchtlingsrat und die Flüchtlingshilfe Dorfen übergeben werden.

Landesgeschäftsstelle

Angebote des Landesverbands

Wir wollen Bayern gestalten – und dazu brauchen wir bei der Kommunalwahl 2020 noch viel mehr Grüne in den Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten, wir brauchen mehr Bürgermeister*innen und Landrät*innen. Wir brauchen dich! Um dich optimal auf den Wahlkampf vorzubereiten, bietet der Landesverband 2019 **kommunalpolitische Foren in allen Bezirken** an. Wir wollen dein Engagement stärken, deinen Wissensdurst stillen und dich motivieren. Mehr Infos auf gruene-bayern.de/bezirksforen

Und weil Demokratie nur geschlechtergerecht funktioniert, wollen wir insbesondere mehr Frauen in parteipolitische und kommunale Ämter bringen. Dafür startet das Frauenreferat des Landesverbands im Juni ein neues **Frauenförderprogramm**. Unter dem Motto „Auf die Plätze, Frauen, los!" erwartet dich ein 6-monatiges Programm mit Trainings, Workshops und einem persönlichen Mentoring. Bis 3. Juni 2019 kannst du dich bewerben. Alle Infos findest du auf gruene-bayern.de/frauenfoerdern

Impressum

Herausgeber*innen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Bayern
Sendlinger Str. 47
80331 München
Tel. 089/211 597-0, Fax 089/211 597-24
landesverband@bayern.gruene.de
www. gruene-bayern.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum
81627 München
Tel. 089/4126-2493, Fax 089/4126-1494
info@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de

Redaktion (Landesverband)
Angela Kirschbaum (verantwortl.),
Sigi Hagl, Eike Hallitzky

Redaktion (Landtagsfraktion)
Lena Motzer (verantwortl.),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann

Gestaltung
Andreas Gregor,
www.andreasgregor.com

Bildnachweis
Titelbild: Andreas Gregor

Druck
Dierichs Druck+Media, Kassel
Auflage: 11.500
Gedruckt auf Circleoffset White,
zertifiziert mit dem Blauen Engel

Datenschutz
Du hast das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung der dich betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Bitte kontaktiere uns dazu per E-Mail unter landesverband@bayern.gruene.de. Unsere ausführliche Datenschutzerklärung findest du unter gruene-bayern.de/datenschutz.

BAYERNWEITE TERMINE

GRIBS-KOMMUNAL-KONGRESS

FREITAG, 3. MAI BIS SONNTAG, 5. MAI 2019

KLOSTER PLANKSTETTEN KLOSTERPLATZ 1, BERCHING

BEGINN: 18 UHR

Wir laden euch herzlich zum 33. GRIBS-Kommunalkongress ein! Unter dem Motto „Grün gestaltet – zukunftsfähig – sozial – ökologisch!“ sprechen wir über grüne Erfolge in Kreis, Stadt und Gemeinde und stimmen uns auf die Kommunalwahl 2020 ein. Alle Infos auf www.gribs.net



KLEINER PARTEITAG

SONNTAG, 12. MAI 2019

Z-BAU – HAUS FÜR GEGENWARTSKULTUR FRANKENSTRASSE 200, NÜRNBERG

BEGINN: 11 UHR

Herzliche Einladung zum Kleinen Parteitag! Zwei Wochen vor der Europawahl läuten wir gemeinsam mit unserer bayerischen Spitzenkandidatin Henrike Hahn die heiße Phase des Wahlkampfs ein. Darüber hinaus werden wir uns mit dem Klimaschutz beschäftigen. Antragsschluss ist der 26. April um 12 Uhr. Änderungsanträge können bis zum 8. Mai um 12 Uhr hier eingereicht werden: bayern.antragsgruen.de
Alle Infos unter: gruene-bayern.de/kpt19

TRAUNSTEINER FRÜHLINGSFEST MIT CEM UND HENRIKE

MONTAG, 20. MAI 2019

GRÜNES FESTZELT SIEGSDORFER STRASSE, TRAUNSTEIN

BEGINN: 19 UHR

Zum Beginn der Wahlwoche rufen Cem Özdemir und unsere bayerische Spitzenkandidatin Henrike Hahn auf dem Traunsteiner Frühlingsfest alle auf: Kommt, wir bauen das neue Europa!





GROSSDEMO „EIN EUROPA FÜR ALLE“

SONNTAG, 19. MAI 2019

ODEONSPLATZ, MÜNCHEN

BEGINN: 12 UHR

Unter dem Motto „Ein Europa für Alle: Deine Stimme gegen Nationalismus!“ finden am 19. Mai in 14 europäischen Städten Demonstrationen für unser gemeinsames, weltoffenes Europa statt. Wir freuen uns, wenn ihr gemeinsam mit uns in München auf die Straße geht! Mehr Infos: ein-europa-fuer-alle.de